



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Wie die Menschen in den Landkreisen Fürstentfeldbruck, Dachau und München Land von 12 Euro Mindestlohn profitieren werden

Olching, 14.01.2022

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-
Bundestagsfraktion

Die SPD hat im Wahlkampf die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro versprochen. Jetzt wird dieses Versprechen zu einem der ersten Projekte der neuen Ampelkoalition.

Wenn der Mindestlohn auf 12 Euro steigt, werden davon in den Landkreisen Fürstentfeldbruck, Dachau und München Land viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Michael Schrodi, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Dachau und Fürstentfeldbruck, erklärt, dass dann knapp 16 Prozent der 90.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis Fürstentfeldbruck, also ca. 14.300 Erwerbstätige, sowie jeweils rund 13.000 Erwerbstätige im Landkreis Dachau und in München Land, dem Betreuungswahlkreis für Schrodi, ein deutliches Plus auf ihrem Gehaltszettel erwarten können: „Die meisten davon werden Frauen sein – und das ist gut so! Gerade für sie ist die Erhöhung des Mindestlohns notwendig, um Altersarmut entgegenzuwirken.“

Darüber hinaus sieht Schrodi in der Erhöhung auch ein Zeichen des Respekts und der Gerechtigkeit für diejenigen, die „unsere Gesellschaft in vielen Fällen am Laufen halten“. Gerade in der Pandemie, wo viel zu wenig über Beschäftigte im Handel, über die Brief- und Paketboten oder all jene in der Produktion – auch von Lebensmitteln – gesprochen wurde, sind es bestimmte Berufsgruppen, die oft mit weniger als 2.284 Euro Bruttoarbeitsentgelt am Ende des Monats nach Hause gehen müssen. Diese Zahl beschreibt die bundeseinheitliche Schwelle des unteren Entgeltbereichs. Als Finanzpolitiker ist Schrodi aber auch überzeugt, dass die Erhöhung nicht nur aus sozialpolitischer, sondern auch aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht sinnvoll ist. Die Ergebnisse einer Simulationsanalyse belegt, dass eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro langfristig auch zu staatlichen Mehreinnahmen von rund 20 Milliarden Euro im Jahr für Deutschland ausmachen wird – beginnend bei der Steigerung des Wirtschaftswachstums und der dadurch erwarteten Steuermehreinnahmen bis hin zur Stärkung der Sozialsysteme.



SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil hat angekündigt, dass der Mindestlohn noch in diesem Jahr auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten 12 Euro steigen wird (zum 1. Januar stieg der Mindestlohn auf 9,82 Euro, am 1. Juli erfolgt der nächste Schritt auf 10,45 Euro). Wenn dann bundesweit 10 Millionen Menschen davon profitieren, „wird dieses sozialdemokratische Projekt und das Versprechen unseres Wahlkampfes endlich Realität“, so Schrodi.

(Für die o.a. Zahlen benutzte Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik, WSI der Hans-Böckler-Stiftung)